

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

24. Mai 1947

Blatt 592

Die Anmeldungen für die staatlichen Erziehungsheime

Nach einer Verlautbarung des Stadtschulrates für Wien, Verwaltung der staatlichen Erziehungsheime, sind die Anmeldungen zur Aufnahme in die staatlichen Erziehungsheime (Bundeskonvikte) in Wien für das Schuljahr 1947/48 bis längstens 30. Juni an den Stadtschulrat für Wien zu richten. Prospekte und Anmeldeformulare sind im Stadtschulrat für Wien (Portier), 9., Türkenstraße 3, erhältlich.

Preise der aufgerufenen Lebensmittel

Für die in dieser Woche aufgerufenen Lebensmittel gelten folgende Preise:

Weizenmehl, licht	kg	-.76
Weizengrieß	"	-.78
Maismehl	"	-.51
Maisgrieß	"	-.51
Haferflocken, lose	"	1.40
Haferflocken, paketiirt	"	2.12
Macosan,	Dose	5.50
Dr. Reichs Kindermitteln	Packung	1.45
Hülsenfrüchte	kg	1.50
Schmalz	"	2.16
Tafelbutter	"	7.20
Teebutter	"	7.40
Frischkäse, 10%ig	"	3.70
Frischkäse, 20%ig	"	3.96
" 30%ig	"	4.26
" 40%ig	"	4.56

Räucherkäse	kg	5.97
Eier (Original)	Stk.	-.21
Normalkristallzucker	kg	1.80
Feinkristallzucker	"	1.32
Kunsthonig	"	2.20
Salzspeck	"	5.--
Ersatzkaffee, aus 1/2 kg Packung	"	2.46
" aus 3/4 kg "	"	2.48
Essig, Spriteszig 3%ig	L	-.35
" 5%ig	"	-.52
Kräuteressig 3%ig	"	-.39
Spezialessig 3%ig	"	-.49

Die Gaslieferzeiten am Pfingstmontag

An Pfingstmontag wird Gas wie an Sonntagen abgegeben, und zwar von 6.30 bis 8.30 Uhr, von 11 Uhr bis 15 Uhr und von 19.30 bis 21.30 Uhr.

An zwei Tagen der vergangenen Woche konnte wegen Rohstoffmangel mit der Gasabgabe erst eine halbe Stunde später begonnen werden. In diesem Zusammenhang wird in Erinnerung gebracht, dass die Gaswerke in früheren Verlautbarungen aufmerksam gemacht haben, dass im Falle unerwartet eintretenden Rohstoffmangels die Gasabgabe gekürzt werden muss. Bei der derzeitigen Kohlenlage ist leider auch weiterhin mit solchen Kürzungen der Gaslieferzeiten zu rechnen. Sie werden auch in Zukunft nur im äussersten Notfalle vorgenommen werden.

Die Forderungen der öffentlichen Angestellten und die Finanzlage der Städte

Am Freitag tagte im Wiener Rathaus der Personalausschuss des Österreichischen Städtebundes, um zu den Forderungen der Gewerkschaft der Gemeindeangestellten, die sich im gleichen Ausmasse bewegen, wie die von der Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten an die Bundesregierung gestellten Forderungen, Stellung zu nehmen. Die Beratungen wurden vom Personalreferenten der

Stadt Wien, Vizebürgermeister Speiser, eingeleitet. Der Referent sowie die übrigen Städtevertreter brachten zum Ausdruck, dass sie das Verlangen der Gemeindegestellten nach Teuerungszuschlägen zu ihren derzeitigen Bezügen verständlich und berechtigt finden. Die Haushalte der Gemeinden müssen jedoch durch diese neue Belastung des Personaletats in Unordnung geraten, wenn die Bundesregierung den Gemeinden nicht helfend beispringt. Für die Stadt Wien bedeuten die Forderungen der Gemeindegestellten für das Jahr 1947 eine Belastung von 104 Millionen Schilling, für Graz würden sie z.B. 6 Millionen, für Linz 5 Millionen, für Klagenfurt 1.7 Millionen und für Villach 700.000 Schilling betragen.

Der Personalausschuss des Österreichischen Städtebundes beschloss, grundsätzlich, in Verhandlungen mit der Gewerkschaft der Gemeindegestellten über die von ihr gestellten Forderungen einzutreten. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird aber von dem Ausmass der finanziellen Hilfe abhängen, die den Gemeinden von der Bundesregierung aus diesem Titel gegeben werden wird.

Eine aus Vizebürgermeister Speiser und Bundesrat Slavik, Wien, Bürgermeister Petschnil, Villach, und den Vizebürgermeistern Gehardt, Linz, Zotter, Innsbruck; Katzian, Klagenfurt; Dr. Steingötter, St. Pölten und Personalreferenten Kral, Graz, bestehende Abordnung, sprach sodann beim Finanzminister Dr. Zimmermann vor. Vizebürgermeister Speiser schilderte die neue Belastung, die den Gemeinden aus den Forderungen ihrer Bediensteten drohen und ersuchte den Finanzminister, den Gemeinden aus Bundesmitteln zu helfen, diese neue Last zu tragen. Der Sekretär des Städtebundes, Bundesrat Slavik, stellte fest, dass die finanzielle Situation der Gemeinden von Jahr zu Jahr verschlechtert. Eine Erhebung unter 54 Gemeinden hat ergeben, dass von diesen 32 Gemeinden im Jahre 1945 noch ein ausgeglichenes Budget, zum Teil sogar grössere Überschüsse aufwiesen. Im Jahre 1946 hatten nur noch 19 dieser Gemeinden ein ausgeglichenes Budget und für 1947 konnten nur 5 der überprüften 54 österreichischen Gemeinden einen defizitlosen Voranschlag erstellen. Die Gemeinden

haben in den vergangenen zwei Jahren ihre finanziellen Reserven fast restlos aufgebraucht und können daher weitere Belastungen nicht mehr übernehmen.

Die Mitglieder der Delegation zeigten an Beispielen ihrer Gemeinden die schwierige Situation der Gemeindefinanzen auf. Zu den erhöhten Personalkosten kommt eine Reihe anderer Aufgaben, die in den letzten Jahren erhöhte Kosten verursacht haben, so auf den Gebieten der Fürsorge, des Wiederaufbaues und die Erfüllung der aus der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft sich ergebenden Verwaltungsaufgaben.

Bundesminister für Finanzen Dr. Zimmermann, dem die Finanzsorgen der Gemeinden keineswegs unbekannt sind, erklärte sich bereit, den Gemeinden bei der Aufbringung der Mittel zur Deckung der aus der neuen Lohnbewegung entstehenden Mehrausgaben Bundeshilfe angedeihen zu lassen. Dagegen verwies der Minister darauf, dass die Kosten der Lohnerhöhungen bei den Unternehmungen der Gemeinden von diesen selbst getragen werden müssen.

Gemüseaufrufe

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Auf die Abschnitte 41 und 141 der neuen Gemüseausweise wird je 2 kg Gemüse aufgerufen ohne Anspruch auf eine bestimmte Sorte. Auf die alten Gemüseausweise wird keine Ware mehr ausgegeben.

Rayonierung für Magermilch

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Da die Möglichkeit besteht, in der nächsten Zeit fallweise auch an Normalverbraucher Lagermilch abzugeben, muss zur Feststellung des Bedarfes eine Rayonierung durchgeführt werden. Zu diesem Zweck haben die Normalverbraucher zwischen 18 und 69 Jahren den Abschnitt 31/E ihrer Lebensmittelkarte bis Samstag den 31. ds. in einen Milchgeschäft abzugeben, wo sie für ihren Haushalt einen Kundenausweis erhalten, auf dem die Anzahl der abgegebenen Abschnitte vermerkt wird.

Zur Essigausgabe

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:
Bei Ausgabe von Essig wird es den Kleinhändlern freigestellt, den aufgerufenen Abschnitt abzutrennen oder zu entwerten.

Neue Berechtigungsscheine für Krankenernährung

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:
Ab 27. Mai werden neue Berechtigungsscheine für Krankenernährung mit der Seriennummer III/647/1 ausgegeben. Die Berechtigungsscheine mit der Seriennummer II/546/1 werden noch bis einschliesslich 16. August 1947 eingelöst.

Ziehung der 118. Wiener Armenlotterie

Im Stadtratsitzungsaal des Neuen Wiener Rathauses fand heute in Anwesenheit des Bürgermeisters Dr. h. c. Hörmann und des Amtsführenden Stadtrates Hokay, sowie eines ungewöhnlich zahlreichen Publikums die öffentliche Ziehung der 118. Wiener Armenlotterie statt. Der erste Haupttreffer, ein Siedlungshaus im Werte von 30.000 S, entfällt auf das Los Nr. 450.832. Den zweiten Haupttreffer, ein Schlafzimmer im Werte von 5000 S, gewann das Los Nr. 205.831. Diese beiden Haupttreffer können gegen Abzug der 25%igen Gewinnsteuern in Bargeld abgelöst werden.